



Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband
Niederrhein e.V.



DOKUMENTATION

EU-FREIZÜGIGKEIT = zügig Zugänge schaffen?!

Hindernisse, Stolpersteine und Lösungswege
für UnionsbürgerInnen in Deutschland

ERGEBNISSE

DER

Fachtagung

am 8. Juli 2013 in
der Alten Feuerwache in Duisburg-Hochfeld

Die vollständige Dokumentation stellt gerne zur Verfügung:
Michaela Rosenbaum (Tel.: 02 01 / 31 05 - 202, michaela.rosenbaum@awo-niederrhein.de)

Hindernisse, Stolpersteine und Lösungswege für UnionsbürgerInnen in Deutschland

Inhalt

	Seite		Seite
Programm	3		
Eröffnung der Fachtagung	5		
EU-Freizügigkeit = zügig Zugänge schaffen			
Britta Altenkamp MdL			
Vorträge			
In Vielfalt geeint	9		
Die Europäische Vision zwischen Anspruch und Wirklichkeit			
Jens Geier MdEP			
EU-Freizügigkeit ist ein Erfolgsmodell	13		
Ergebnisse aus dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates			
Deutscher Stiftungen			
Martin Weinmann			
Ausgeschlossen oder privilegiert?	28		
EU-Recht vs. deutsches Sozialrecht - die rechtliche Situation von UnionsbürgerInnen			
Claudius Voigt			
Workshops			
Beispiele aus der Praxis			
A Bildung, Kinder- und Jugendhilfe	38		
Erste Hilfe für das Kindeswohl (PPT)	38		
Mayya Georgieva / Judith Hesters - AWO Integrations gGmbH Duisburg			
Protokoll Workshop A	41		
Zusammenfassung der Ergebnisse	44		
		B Gesundheit	45
		Gesundheitsversorgung - keine Selbstverständlichkeit (PPT)	45
		Michaela Bondarowicz - AWO Duisburg	
		Zuwanderung aus Südost-Europa - Gesundheitsversorgung - keine Selbstverständlichkeit (PPT)	48
		Ralf Menrad - Gesundheitsamt Stadt Duisburg	
		Protokoll Workshop B	50
		Zusammenfassung der Ergebnisse	53
		C Sozialraum, Stadtteil, Wohnen	54
		Integration findet im Stadtteil statt?!	
		Die immer wiederkehrenden Konflikte	55
		Helga Schlumberger - Amt für Wohnen und Integration Stadt München	
		Protokoll Workshop C	58
		Zusammenfassung der Ergebnisse	61
		D Ausbildung und Arbeit	63
		Zwischen Saisonarbeit, Schwarzarbeit und Fachkräftemangel (PPT)	63
		Uwe Sonntag - Beratungsdienste der AWO München gGmbH	
		Protokoll Workshop C	70
		Zusammenfassung der Ergebnisse	71
		Workshopübergreifende Ergebnisse	72
		- Allgemeine Herausforderungen und Lösungsvorschläge	
		Ausblick	
		Zugänge gestalten	75
		Ayla Uzun	
		Pressegespräch	77
		Impressum	81
Dokumentation			
der			
AWO-Fachtagung			
am 8. Juli 2013			
in der			
Alten Feuerwache			
Duisburg-Hochfeld			

Hindernisse, Stolpersteine und Lösungswege für UnionsbürgerInnen in Deutschland



Dokumentation
der
AWO-Fachtagung
am 8. Juli 2013
in der
Alten Feuerwache
Duisburg-Hochfeld

Alte Feuerwache Duisburg-Hochfeld

Hindernisse, Stolpersteine und Lösungswege für UnionsbürgerInnen in Deutschland

Zusammenfassung der Ergebnisse von Workshop A

Zugänge zu **Bildung und Erziehung** schaffen

Ist-Zustand	Soll-Zustand / Ziel	Problemlösung / Maßnahmen	Umsetzung / Initiierung
Kein Schulbesuch	Beschulung innerhalb von fünf Tagen	Umsetzung der Gesetze / Schulpflicht umsetzen	Land + Kommunen / AWO NRW, Niederrhein (NR), Kreisverband (KV)
Kein Kita Platz	Frühkindliche Bildung/ Bereitstellung von Kitaplatz	U3 Ausbau/ Eltern aufklären	Kommune / AWO NR, KV
Frühe Hilfen, Infos fehlen / Orientierungslosigkeit der Familien	Maßnahmenkatalog erarbeiten "Wegweiser"	Betreuung von Geburt bis zum Beruf / Aufsuchende Sozialarbeit / Netzwerk der Kursträger	Politik, BAMF, ESF, gemeinsame Förderung von Projekten der Freien Wohlfahrtspflege (FW) / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
Keine Partizipation am Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)	BuT - Paket für ALLE	Gesetzesänderung	Bundesregierung / AWO Bundesverband, NR
keine Ausbildungsplätze für UnionsbürgerInnen aus Bulgarien und Rumänien	Zugang zum Arbeitsmarkt schaffen	Pilotprojekte z. B. das der IHK flächendeckend umsetzen / Anerkennung von Abschlüssen und Schuljahren	Wirtschaft, VDI, IHK, Berufsverbände, Gewerkschaften etc., Landespolitik / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
Fachkräftemangel	Potenzial der EinwanderInnen nutzen	Qualifizierung durch Bildung	Wirtschaft, Landespolitik / AWO Bundesverband, NR
Integrationskurse mit Eigenanteil	Härtefallregelung	Wiedereinführung der Härtefallregelung	BAMF bzw. BMI / AWO Bundesverband, NR
Isolation der Kinder und Jugendlichen	Eingliederung / Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe	IKÖ der Kinder- und Jugendarbeit / Pädagogische Begleitung / Informationen über Ki.- und Jugendarbeit bei der Erstberatung der Familien	Verbände, Zivilgesellschaft, FW, Verwaltung, Jugendamt / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV

Dokumentation
der
AWO-Fachtagung
am 8. Juli 2013
in der
Alten Feuerwache
Duisburg-Hochfeld

Hindernisse, Stolpersteine und Lösungswege für UnionsbürgerInnen in Deutschland

Zusammenfassung der Ergebnisse von Workshop B

Zugänge zum **Gesundheitssystem** schaffen

Ist-Zustand	Soll-Zustand / Ziel	Problemlösung / Maßnahmen	Umsetzung / Initiierung
fehlende Krankenversicherung	jeder soll Krankenversicherungsschutz besitzen (zumindest aus dem Herkunftsland), keiner wird "weggeschickt"	Aufbau einer Sprechstunde für nicht krankenversicherte Kinder, aktive Beteiligung der Krankenversicherungen am Dialog, Vorantreiben von interkultureller Öffnung, Einrichtung eines bundesweiten Fonds	Politik, Versicherungen In- und Ausland / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
mangelnde Akzeptanz von Versicherungskarten	Ärzte dürfen durch Behandlung keine finanziellen Einbußen haben, Karten müssen anerkannt werden, Vernetzung aller Regeleinrichtungen	Hilfe bei Inanspruchnahme, Aufklärung von Ärzten, Einrichtung einer Clearingstelle zur Klärung ausländischer Krankenversicherungsansprüche	Politik, Versicherungen In- und Ausland, Ärzte / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
Informationsdefizite der Betroffenen	Information, Bedarfsklärung und Aufklärung, Vernetzung aller Regeleinrichtungen	Sensibilisierung der Betroffenen, optimierte und zielführende Kooperation	Verbände, Zivilgesellschaft, FW, Regeleinrichtungen / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
sprachliche Barrieren	Lernen der deutschen Sprache von Beginn an	Einsatz von Kulturmittlern Info-Sprechstunden in der Herkunftssprache	BAMF, BMI, Verbände, Zivilgesellschaft, Regeleinrichtungen / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
unterschiedliches Verständnis von Gesundheit	erweitertes Grundwissen über gesundheitliche Fragestellungen, Ernährung etc.	Sensibilisierung der Gesundheitseinrichtungen und der Betroffenen	Verbände, Zivilgesellschaft, FW, Regeleinrichtungen / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV

Dokumentation
der
AWO-Fachtagung
am 8. Juli 2013
in der
Alten Feuerwache
Duisburg-Hochfeld

Hindernisse, Stolpersteine und Lösungswege für UnionsbürgerInnen in Deutschland

Zusammenfassung der Ergebnisse von Workshop C

Zugänge in den Sozialraum schaffen

Ist-Zustand	Soll-Zustand / Ziel	Problemlösung / Maßnahmen	Umsetzung / Initiierung
Bürger der neuen EU-Länder werden von Notunterkünften abgewiesen	Notunterkünfte nehmen jeden auf	Rechtliche und politische Rahmenbedingungen schaffen bzw. anwenden, bei Verstößen Sanktionen	Politik/Kommunen und Zivilgesellschaft / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
Keine medizinische Versorgung	Zugang zur Krankenversorgung für alle	Integrationslotsen Aufklärungsarbeit, rechtliche und politische Rahmenbedignungen schaffen, Fortbildungen und Schulungen für Verantwortliche	Politik, Freie Wohlfahrtspflege / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
Schwarzer Wohnungsmarkt	Legale und angemessene Unterkünfte für alle, bezahlbarer Wohnraum	Bekämpfung des schwarzen Wohnungsmarktes, Schließung von unwürdigem Wohnraum, rechtliches Vorgehen gegen hemmungslose und ausbeuterische Vermieter, finanzielle Unterstützung der Mieter	Politik, Ordnungsamt, Zivilgesellschaft / AWO NRW, NR, KV
Übernachtungen im Auto im Winter	Keiner darf erfrieren, siehe Notunterkünfte	bei Verstoß Sanktionen, finanzielle und praktische Hilfe bei der Wohnungssuche und Unterbringung	Kommunen, Politik / AWO NR, KV
Nachbarschaftskonflikte	Anti-Segregationsprogramme Konzentration auf bestimmte Viertel vermeiden	Integrationslotsen, Infokampagnen, Stimmungsmache verhindern	Anti-Diskriminierungsbüros, Medien, persönliche Verantwortung, Freie Wohlfahrtspflege / AWO NRW, NR, KV
Schlechte Wohnqualität, teilweise ohne Wasser und Strom	Konzentration auf bestimmte Viertel vermeiden	Rechtliche und politische Rahmenbedingungen schaffen bzw. anwenden, bei Verstößen Sanktionen - konsequentes Vorgehen gegen die Vermieter	Politik, Verwaltung, Vermieter / AWO NRW, NR, KV

Dokumentation
der
AWO-Fachtagung
am 8. Juli 2013
in der
Alten Feuerwache
Duisburg-Hochfeld

Hindernisse, Stolpersteine und Lösungswege für UnionsbürgerInnen in Deutschland

Ist-Zustand	Soll-Zustand / Ziel	Problemlösung / Maßnahmen	Umsetzung / Initiierung
Enger Wohnraum zu hohe Anzahl der Bewohner	angemessener und bezahlbarer Wohnraum	Rechtliche und politische Rahmenbedingungen schaffen bzw. anwenden, bei Verstößen Sanktionen - konsequentes Vorgehen gegen die Vermieter	Wohnungsbaugesellschaften, Kommunen, Vermieter / AWO NRW, NR, KV
Hohe Prostitutionsrate im Sozialraum	Menschenhandel und Zwangsprostitution bekämpfen	Gesetzeslage überarbeiten, Kostenübernahme in Frauenhäusern gewährleisten	Politik, Justiz, Beratungsstellen, Frauenhäuser / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
diskriminierende und/oder rassistische Berichterstattung	Diskriminierungsfreie Berichterstattung	Kampagnen gegen Antiziganismus, Ausbildung/Studium ergänzen zum Thema Fremdenfeindlichkeit/Rassismus	Universitäten, Politik, Zivilgesellschaft / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
Allgemein:	Zugang zu SGB II-Leistungen ungefiltert für alle	Einheitliche Regelung und Gleichbehandlung	Bund, Länder, Kommunen / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV

Dokumentation
der
AWO-Fachtagung
am 8. Juli 2013
in der
Alten Feuerwache
Duisburg-Hochfeld



Hindernisse, Stolpersteine und Lösungswege für UnionsbürgerInnen in Deutschland

Zusammenfassung der Ergebnisse von Workshop D

Zugänge zu **Ausbildung und Arbeit** schaffen

Ist-Zustand	Soll-Zustand / Ziel	Problemlösung / Maßnahmen	Umsetzung / Initiierung
Anerkennung von Berufsabschlüssen in der Praxis ein großes Hemmnis für die Integration und die Teilhabe am Arbeitsleben der Menschen aus Südosteuropa	Nicht-Qualifizierte in Ausbildung bringen	bedarfsgerechte Informationsveranstaltungen für die Zielgruppe, bessere Vernetzung der Akteure Schule, Berufsschule, Handelskammer	Bundespolitik, Landespolitik je nach Branche sowie jede/r Einzelne / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
In Ballungsräumen gibt es akute Wohnraumnot. Mieten sind nicht bezahlbar. Ohne Wohnung keine Arbeit (Bsp. München)	Gewährung von Wohnraum während der Ausbildung	Kooperation mit Wohnungsbaugesellschaften	Kommunen / AWO NRW, NR, KV
Mangelnde Sprachkenntnisse	Förderung deutscher Sprachkenntnisse	Mehr und differenzierte kostenfreie und zielgruppenorientierte Sprachkurse, bessere Öffentlichkeitsarbeit zu bestehenden Angeboten	BAMF, Kommune / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
Mangelnde Sprachkenntnisse bezogen auf die jeweilige Fachsprache	Erlernen einer berufsbezogenen Fachsprache	Bestandsaufnahme/Auswertung der Daten bei Gleichwertigkeitsprüfung - Kompetenzfeststellungsverfahren und Entwicklung entsprechender Sprachkursmodule	Bildungsträger (AWO!), ARGE und Bezirksregierung in Kooperation, Finanzierung über ARGE oder Kommune / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
Jugendliche ohne Schulabschluss und Ausbildung (bei gleichzeitigem Mangel an Auszubildenden in bestimmten Branchen)	Industrie stärker für Ihre gesellschaftliche Verantwortung verpflichtet. Die Chancen und Möglichkeiten für die Industrie stärker verdeutlichen ganzheitliche Betrachtung von lebens- und berufsbezogenen Kompetenzen im Sinne eines lebenslangen Lernens	Schulabschlussprojekte für Jugendliche und die Öffnung der Industrie für diese Zielgruppe, Schaffung von Anreizen für ArbeitgeberInnen, um diese Jugendlichen auszubilden Anerkennung von informellen Kompetenzen durch Praxisnachweise	Dialog zwischen Politik und Industrie fördern, AWO Freiwilligen-Dienste stärker in Ausbildung, Praktika usw. involvieren / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
Geringe Selbstorganisation von Migranten, ausbeuterische Strukturen untereinander	Selbstorganisation stärken, Hilfe zur Selbsthilfe, bspw. durch Lotsenprojekte ein Schneeballprinzip in der Unterstützung entwickeln	Unterstützung beim Aufbau von Migrantenorganisationen und Vereinen für die Zielgruppe	Zivilgesellschaft / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV

Dokumentation
der
AWO-Fachtagung
am 8. Juli 2013
in der
Alten Feuerwache
Duisburg-Hochfeld

Hindernisse, Stolpersteine und Lösungswege für UnionsbürgerInnen in Deutschland

Workshopübergreifende Ergebnisse

Allgemeine Herausforderungen und Lösungsvorschläge

Ist-Zustand	Soll-Zustand / Ziel	Problemlösung / Maßnahmen	Umsetzung / Initiierung
Mangelnde Existenzgrundlage, prekäre Lebenslagen, Armut durch	Sicherung der Existenz durch Gewährung von Leistungen nach SGB II und/oder SGB XII	Streichung von § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB II und von § 23 SGB XII	Bundespolitik / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
Beschränkung des Arbeitsmarktzugangs nach § 284 Arbeitsgenehmigung-EU für Staatsangehörige der neuen EU-Mitgliedstaaten	Beschränkung des Arbeitsmarktzugangs nach § 284 Arbeitsgenehmigung-EU für Staatsangehörige der neuen EU-Mitgliedstaaten	Streichung von § 284 SGB III	Bundespolitik / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
Ausbildungsförderung - kein BAföG-Anspruch unter bestimmten Voraussetzungen - bei gleichzeitigem Fachkräftemangel eine kaum hinnehmbare Diskrepanz	grundsätzlicher Anspruch auf Ausbildungsförderung - unabhängig vom Aufenthaltsstatus	Änderung von § 8 Abs. 1 BAföG	Bundespolitik / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
Kein Anspruch auf Integrationskurs zum Erlernen der deutschen Sprache, gebührenpflichtig und nur als "freiwilliger Lerner" wenn Plätze frei sind	Rechtsanspruch auf Teilnahme am Integrationskurs zum Erwerb der deutschen Sprache	Änderung des § 44 AufenthG	Bundespolitik / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
Keine Beratungsstruktur für UnionsbürgerInnen, kein Programmzuschnitt auf Bedürfnisse von UnionsbürgerInnen, nur Ausschluss aus bestehenden Programmen (Ausländer, Flüchtlinge)	Entwicklung zielgruppenspezifischer Programme für UnionsbürgerInnen: Allgemeine soziale und berufliche Beratung sowie Spracherwerb	gezielte Förderung: Auflage eines bundesweiten, zielgruppenspezifischen Förderprogramms für UnionsbürgerInnen	Bundespolitik / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV

Dokumentation
der
AWO-Fachtagung
am 8. Juli 2013
in der
Alten Feuerwache
Duisburg-Hochfeld

Hindernisse, Stolpersteine und Lösungswege für UnionsbürgerInnen in Deutschland

Ist-Zustand	Soll-Zustand / Ziel	Problemlösung / Maßnahmen	Umsetzung / Initiierung
Kommunen sind mit Existenzsicherung finanziell überfordert (keine Handlungsspielräume in Haushaltssicherungskonzept), EU-Zuwanderung nicht steuerbar, Akzeptanz erforderlich, stattdessen Diskriminierung und Verdrängungspolitik (auch mit wenig erfolversprechenden ordnungspolitischen Maßnahmen)	Existenzsicherung und Sozialhilfe muss Bundesaufgabe sein, Lastenverteilung und Ausgleich für einzelne Kommunen muss möglich werden	Forderung Grundsicherung für ALLE unabhängig von Zugängen zum Arbeitsmarkt im Sinne sozialer Inklusion - Finanzierung von Strukturen anstatt individueller Leistungsansprüche, Druck auf Bundespolitik	Bundespolitik / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
Ausbeutung von ArbeitnehmerInnen, Arbeiterstrich, auch renommierte Firmen bereichern sich durch Subunternehmen an ausbeuterischen und menschenverachtenden Strukturen teils in der Grauzone hin zum Menschenhandel	Schutz von ArbeitnehmerInnen vor Ausbeutung	Einführung bzw. Festlegung Mindestlohn (branchenübergreifend), stärkere Kontrollen und Haftung von Auftraggebern für ihre Subunternehmen, hohe Geldstrafen, die in einen Fonds zur Bekämpfung ausbeuterischer Strukturen fließen, aus denen Beratungsangebote und Anlaufstellen mit finanziert werden könnten, Druck auf Bundespolitik	Bundespolitik / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
Beitrittsverhandlungen mit EU-Mitgliedstaaten obwohl Minderheiten diskriminiert werden, keine Sanktionen wo dies dennoch geschieht (u.a. Rumänien, Bulgarien, Ungarn)	Stärkere Gewichtung sozialer Faktoren wie Diskriminierung im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen, Blockade Deutschlands gegen das Thema Armut aufgeben, Strategien und Maßnahmenpakete auf europäischer Ebene initiieren um Armut und ihre Folgen zu bekämpfen	Armut und soziale Ausgrenzung auf europäischer Ebene und in der BRD auf den verschiedenen Ebenen analysieren und bewährte Konzepte konsequent umsetzen: Förderung von Strukturen, die soziale Inklusion ermöglichen und Diskriminierung bekämpfen. Umwandlung von Projektmitteln in Sturkturförderung (Beratung, Bildung, Gesundheit usw.), Druck auf Bundespolitik	EU, Bundespolitik / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV AWO zur Anpassung der eigenen Stukturen und Angebote auch auf soziale Inklusion unter dem Aspekt Hilfe zur Selbsthilfe (Empowerment)
Renationalisierungstendenzen, "Das-Boot-ist-voll", Zuwanderung wird als Bedrohung aufbereitet - das Bild von Zuwanderung wird auf unberechtigtes Eindringen und Erschleichen von Sozialleistungen reduziert	Positiven Gewinn durch Zuwanderung sichtbar machen, demografische Entwicklung, Fachkräftemangel - positive Ergebnisse und Erfolge aufzeigen (s. Studie) KEINE Einschränkung des Rechts auf Freizügigkeit! Diskriminierung darf nicht länger Kavaliersdelikt sein	Verantwortung von Politik und Medien sichtbar machen, gezielte Ahndung verbaler Attacken und strafrechtliche Verfolgung verbaler Brandstiftung, je nach Vorfall ggf. klagen, Fonds für Rechtsbeistand	AD-Büros, Kooperation mit Anwälten vor Ort, MBE, JMD / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV

Dokumentation
der
AWO-Fachtagung
am 8. Juli 2013
in der
Alten Feuerwache
Duisburg-Hochfeld

Hindernisse, Stolpersteine und Lösungswege für UnionsbürgerInnen in Deutschland

Ist-Zustand	Soll-Zustand / Ziel	Problemlösung / Maßnahmen	Umsetzung / Initiierung
Zuständigkeiten Kommune, Land, Bund, EU werden hin und hergeschoben - keiner fühlt sich verantwortlich und zuständig. Währenddessen leben Menschen in unerträglicher Armut.	Klarheit und Akzeptanz, dass in unserer zunehmend komplexer werdenden und sich dynamisch verändernden Welt nachhaltige Problemlösungen nur durch das Zusammenspiel von Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Bürgergesellschaft entstehen können. Vernetzungsprozesse lokal, regional sind Gelingensfaktoren.	Auswertung und Bekanntmachen des SVR Jahresgutachten 2012 „Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen“. Analyse des Zusammenwirkens der verschiedenen staatlichen Ebenen - Bund, Länder und Kommunen - im Politikfeld Integration. Stärken und Schwächen des föderalen Systems benennen, Umsetzung der Vorschläge, um zentralen Problemen abzuwehren	Auswertung des Jahresgutachtens 2012 mit Empfehlungen auf AWO Strukturen und Dienstleistungen anpassen - Forderungen an Politik benennen / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV
Rechtliche Ungleichbehandlung - geltendes EU-Recht wird in Mitgliedsstaaten außer Kraft gesetzt bzw. durch nationales Recht umgangen	Schaffung eines Europäischen Sozialgerichtshofs Gleichbehandlung aller UnionsbürgerInnen innerhalb Europas, keine Schlechterstellung zu den Rechten der BürgerInnen im Herkunftsland. Mindeststandards im Bereich der existenzsichernden Grundsicherung vereinheitlichen:	Sammlung von Urteilen	EU / AWO Bundesverband, Bundestagsabgeordnete und EU-Abgeordnete, Politikberatung durch AK Europa des AWO Bundesverbands, Antrag an AWO Bundeskonferenz
Extremes soziales Gefälle in der EU führt zu den klassischen in der Migrationsforschung bekannten Push-and-Pull-Faktoren. Sog. Armutswanderungen sind Ergebnis der großen sozialen Unterschiede in Europa und der wirtschaftlichen Lage bzw. Krisen in den europäischen Ländern. Nicht nur die Waren können innerhalb der EU frei verkehren, auch für die Menschen gilt dieses System.	Mindeststandards im Bereich der existenzsichernden Grundsicherung vereinheitlichen: Einführung eines europäischen differenzierten Grundeinkommens mit dem Ziel eines europäischen, bedingungslosen Grundeinkommens statt nationaler Sozialhilfesysteme	Bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland, Druck auf Bundespolitik	EU, Bundespolitik über Bundestagsabgeordnete und EU-Abgeordnete / AWO Bundesverband, NRW, NR, KV

Dokumentation
der
AWO-Fachtagung
am 8. Juli 2013
in der
Alten Feuerwache
Duisburg-Hochfeld



Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband
Niederrhein e.V.

EU-FREIZÜGIGKEIT = zügig Zugänge schaffen?!



Hindernisse, Stolpersteine und Lösungswege für UnionsbürgerInnen in Deutschland

Impressum

Herausgeber:

Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Niederrhein e.V.
Lützowstraße 32
45141 Essen
Tel. / Fax: 02 01 / 31 05 - 0 / - 276
info@awo-niederrhein.de
www.awo-nr.de

Verantwortlich:

Klaus Neubauer
Inhaltlich verantwortlich für die einzelnen Beiträge sind die jeweiligen
Autoren.

Redaktionelle Bearbeitung / Zusammenstellung:

Klaus Neubauer
Michaela Rosenbaum

Fotos:

Frank Altenwerth (Fachtagung)
Klaus Neubauer (Pressegespräch)

Gestaltung:

AWO Niederrhein

Erscheinungsdatum:

Dezember 2013

Dokumentation
der
AWO-Fachtagung
am 8. Juli 2013
in der
Alten Feuerwache
Duisburg-Hochfeld